



Eskalierende Interessenskonflikte

Nicht nur in Deutschland entdecken die Stammtische und ihre islamophoben Zuträger in den verschiedensten Parteien willkommene Sündenböcke. Inzwischen beteiligen sich nicht nur Hinterbänkler an der Demontage des integrationspolitisch Erreichten und fordern hermetische Grenzabriegelung, Abschiebung oder totale Assimilation. Wie zum Trotz halten Verbände, Arbeitsmarktakteure, Flüchtlings- und Selbstorganisationen mit Netzwerken und Einzelhilfen gegen diesen Strom.

Balkanspezialist Christian Schwarz-Schilling hat im Sommer an Ministerpräsident Peter Harry Carstensen geschrieben. Roma dürften nicht ins Kosovo abgeschoben werden. „Ihren Einsatz für die Volksgruppen Roma und Ashkali begrüße ich sehr.“ behauptete der Kieler MP Ende September in seinem Antwortschreiben und verweist auf nur 20 potentiell Betroffene. Doch „für Schleswig-Holstein als Land mit einer im Bundesvergleich geringen Zahl an ausreisepflichtigen Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo ist auch deshalb derzeit nicht angemessen das Startsignal für einen Abschiebestopp oder eine Bleiberechtsregelung für diesen Personenkreis zu setzen.“ Hier weiß sich Carstensen mit seinem Koalitionspartner einig und gibt den schwarzen Rom einfach an die anderen Bundesländer weiter: „Einer allgemeinen stichtagsunabhängigen Altfallregelung würde sich Schleswig-Holstein jedoch nicht verschließen, wenn sie durch andere Länder angeregt würde.“

Derweil kommen über ein Drittel der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchen, aus dem Nahen und Mittleren Osten. Was sie dort fortreibt sind Pogrome an ethnischen und

religiösen Minderheiten, wie im Irak. So genannte Aufstandsbekämpfungen wie in der Türkei. Oder eskalierende Interessenskonflikte zwischen religiös, wirtschaftlich oder strategisch motivierten bewaffneten Kräften, wie in Afghanistan. Die nackte Not wie im Gaza-Streifen. Immer neue Gewaltwellen, Flut- oder Dürrekatastrophen wie in Pakistan oder Somalia. Nicht selten Verschwindenlassen, wie im Iran und in Syrien.

Wenn im Iran – wie jüngst geschehen - zwei deutsche Bild-Zeitungs-Reporter verhaftet werden, erfolgt stante pede eine öffentliche Protestnote von Außenminister und Kanzlerin. Trifft dasselbe aber – so im August in Syrien - einen Menschenrechtsaktivisten, wie den Deutsch-Syrer Ismail Abdi aus Kiel, ist dies weder der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei noch dem Auswärtigen Amt ein öffentliches Wort wert. Soviel gilt den deutschen Behörden also ein eingebürgerter Staatsangehöriger, wundern sich nicht nur syrische Flüchtlinge. Was dann wohl der Erlass taugt, auf den das Justizministerium gern zur Beruhigung syrischer Ausreisepflichtiger verweist? Keinen Pfifferling, meint das Amt in Segeberg und betreibt zielstrebig die Abschiebung in den größten Folterkeller im Nahen Osten.

Bleiberecht statt Abschiebung! fordern im November hingegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer bundesweiten Demonstration anlässlich der Innenministerkonferenz in Hamburg. Dem ist nichts hinzu zu fügen.

Martin Link

Kiel, den 8. November 2010

Titelfoto: Patienten aus Gaza müssen über den israelischen Checkpoint Erez ausreisen für viele Behandlungen, die es in Gaza nicht gibt. In Mai - August 2010 verweigerten die israelischen Behörden jedoch 500% mehr Patienten die Ausreise als im vorangegangenen Zeitraum. Foto: Anne Paq (www.activestills.org)